

Wirtschaftsprogramm des Zentrums

Abgeordneter Hackelsberger spricht in Münster über Papens Notprogramm und den Ausweg aus der Krise

Stimmen Papens Voraussetzungen?

Die Wirtschaft braucht politische Ruhe

Auf der großen Kundgebung der Deutschen Zentrumspartei, die am gestrigen Montag in Münster stattfand, sprach neben Prälat Dr. Raas, dessen Ausführungen wir an anderer Stelle wiedergegeben haben, der Abg. Dr. Hackelsberger über das Wirtschaftsprogramm des Zentrums. Er führte folgendes aus:

Nachdem unser verehrter Herr Parteiführer vor Ihnen in umfassender und tiefgründiger Weise die gesamtpolitischen Grundlinien aus Perspektiven aufgezeigt hat, obliegt es mir, als christlicher Unternehmer von der Grundanschauung der Zentrumspartei aus zu den wirtschafts-, sozial- und finanzpolitischen Maßnahmen der Regierung Papens Stellung zu nehmen und darüber hinaus darzulegen, wie wir uns von unserer weltanschaulichen und gesellschaftspolitischen Grundhaltung aus die Weisung der gegenwärtigen Schwierigkeiten in Wirtschaft und Gesellschaft denken.

Die Wahlen in Deutschland häufen sich in letzter Zeit in so erschreckendem Maße, daß man wahrhaftig die Formulierung besagen kann, während des Krieges hat sich das deutsche Volk totgewegelt und jetzt ist es auf dem besten Wege dazu, sich tot wählen zu lassen. Wenn doch endlich unser Volk und unsere Wirtschaft von diesem verheerenden Druck dauernder politischer Beunruhigungen und Wahlen wieder befreit würden! Es ist auf die Dauer unmöglich, daß eine ohnehin bereits atemlos, blutarme Wirtschaft in dieser ungesunden Atmosphäre sich wieder aufrichten und weiter gedeihen kann. Auch das schönste Wirtschaftsprogramm kann unter solchen Voraussetzungen nicht zu einer wirklich nachhaltigen Besserung führen.

Und damit, meine Damen und Herren, ein Wort zu den wirtschaftspolitischen Notverordnungen der Regierung von Papen, die unter der Flagge „Wirtschaftsprogramm“ gestartet sind. Man wird diese reichlich anspruchsvollen Maßnahmen gegenüber objektiverweise betonen müssen, daß es sich hier nur um eine Art Notprogramm, um einen Versuch handeln kann, der selbst bei vollem Gelingen lediglich eine Brücke darstellen wird zu einer besseren wirtschaftlichen Existenzgrundlage.

Aber auch diese Brücke kann uns nur dann an ein glücklicheres Ufer führen, wenn die Zeit der Ueberbrückung von der Regierung mit größerem politischem Geschick und stärkerem psychologischen Einfühlungsvermögen in die Lebensverhältnisse und Notwendigkeiten eines 65-Millionen-Volkes dazu benutzt werden, um in ruhigerer politischer Atmosphäre die einzelnen Grundlagen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens vernünftig zu reformieren. Mit unbedachtem Altruismus, mit überstürzten Improvisationen, die das rechte Verständnis für das Gewicht der Dinge vermissen lassen, kann diese Aufgabe nicht gemeistert werden.

Ich möchte diese Einschränkung an den Anfang meiner Betrachtung stellen, bevor ich den Versuch der Reichsregierung auf seine eventuellen Möglichkeiten überprüfe. Jeder Plan zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Hebung der Wirtschaft, jedes Programm, das die Fähigkeit zur Besserung des ungesunden Elends besitzt, verdient Unterstützung und Förderung, gleichviel, von wem es vertreten wird.

Jedes Programm trägt, wenn es wirklich zweckmäßig ist, die innere Weisheit, wodurch es allem kleinlichen englischen Parteigeiz entzückt sein muß.

Unter diesem Gesichtswinkel reiner Sachlichkeit stehen wir auch dem Versuch der Regierung von Papen gegenüber. Not und Verzweiflung sind zu groß, als daß wir nicht Benützung über jeden wirklichen Fortschritt empfinden.

Tiefpunkt der Krise wahrscheinlich überschritten

Was nun den gewerblichen Sektor des Planes selbst betrifft, so sieht er zwei wesentliche Punkte als materielle Voraussetzungen für seinen Erfolg und dessen Gelingen vor. Er geht davon aus, daß der ungeheure Schrumpfungsvorgang erreicht und die Wirtschaftskrise ihren Drehpunkt bereits überschritten hat. Er ist der Auffassung, daß die elementare Kraft der Schrumpfungsvorgänge der Wirtschaft nicht mehr nach unten drängt, und daß man daher jetzt alles daranlegen müsse, den Wirtschaftstendenzen wieder Ruck zu machen und den natürlichen Lebensvorgang zu unterstützen.

Als zweites sieht die Regierung eine weitreichende Vernachlässigung der notwendigen Reparaturen in unserem gewerblichen Produktionsapparat und dem gesamten Hausbedarf. Sie bezieht den Zustand als aufgestauten Erhaltungsbedarf und folgert daraus, daß in dem Augenblick einer steuerlichen Entlastung in erster Linie die Gelder zur Aufholung dieses Erhaltungsbedarfes Verwendung finden.

Zu diesen zwei materiellen Voraussetzungen, die m. E. grundnotwendig sind, wenn der Start des ganzen Programms nicht von vornherein schief liegen soll, fügen sich folgende:

Die Weltwirtschaftskrise, deren Ausmaß zur Verschärfung der besonderen deutschen Krise entscheidend beitrug, scheint tatsächlich den Tiefpunkt überunden zu haben. Die lebhafte Stimmung an den internationalen Rohstoffmärkten hat sich nach den gegnerischen einer überstürzten Anfangsbewegung unvermeidlichen Rückschlägen weiter behauptet. Der Tiefpunkt der Rohstoffpreise scheint endgültig überschritten zu sein und einer Preissteigerung Platz zu machen, die nicht auf Spekulation, sondern auf einer lediglich besseren Anpassung des Angebots an die Nachfrage beruht. Ein deutliches Symptom einer allmählichen Weltwirtschaftsbesserung scheint auch die rapide Verfüllung der internationalen Geldmärkte zu sein, die nach neuer Betätigung drängen.

In England und Amerika macht sich seit längerem eine hoffnungsvolle Steigerung geltend: sie ist bestimmt in Europa

Land durch Erscheinungen tatsächlicher Besserung, die auf eine zeitweise Steigerung der Weltbörse infolge der Währungsmaßnahmen zurückzuführen sind. Durch eine verhältnismäßig weit gediehene Auflockerung des Kapitalmarktes und eine gewisse, in den spezifisch englischen Verhältnissen begründete Wirkung der Zollpolitik. In den Vereinigten Staaten beginnt die Verfüllung des Geldmarktes auf den Kapitalmarkt überzugehen, nach den Erfahrungen früherer Krisen erstes Anzeichen eines Umschwunges. Auf die übrigen Weltwirtschaftlichen Amerikas möchte ich vorerst keinen allzu großen Wert legen, da sie erfahrungsgemäß in hartem Umfange wohlpolitisch inaktiv sind. Man wird erst nach den Novemberwahlen sehen, was an diesen Weltwirtschaften echt, und was lediglich gemacht war.

Wenn sich die verschiedenen Anläufe zu einer internationalen Besserung der Wirtschaftslage durchsetzen werden, so wird davon, rein wirtschaftlich gesehen, auch Deutschland mitgetragen werden, wenn freilich auch erst in einem gewissen zeitlichen Abstand.

Aber auch in Deutschland selbst sind schon gewisse, wenn auch schwache, Anzeichen eines beginnenden Umschwunges zu beobachten. Dabei möchte ich die Aufwärtsbewegung an der Börse nicht überschätzen, denn so gewis die Börse künftige Bewegungen vorausfühlt, so mahnt doch manches noch sehr zur Vorsicht; abzuweichen davon ist sie zum großen Teil wieder sehr stark zurückgewichen. Wichtiger als die Börsenbewegung selbst ist das heute bereits deutlich erkennbare Abflauen einer Krisenpsychose, die je länger je mehr zu einer unheilvollen Gefahr für die gesamte Wirtschaftsführung zu werden drohte.

In allgemeinen wird man aber für Deutschland jedenfalls noch hoffen müssen, daß irgendwelche besonderen Verbesserungen augenblicklich noch nicht sichtbar sind. Man wird sich objektivere Sachlichkeit mit der Feststellung begnügen dürfen, daß wenigstens keine weitere Verschlechterung in Produktion und Absatz mehr vorliegt. Wohl sind bereits vielfach bessere Stimmung und gewisse An-

läufe zu neuer Unternehmungslust in Unternehmerkreisen zu beobachten. Die Betonung der privatwirtschaftlichen Initiative hat gegenüber den mehr oder minder sozialpolitischen Vorschlägen der letzten Zeit zweifellos starke psychologische Effekte erzielt.

Wie steht es nun mit dem zweiten Punkt, dem Erhaltungsbedarf? Es ist richtig, daß der Produktionsapparat der deutschen Industrie im großen und ganzen intakt ist, wenngleich das nicht auf alle Branchen vollends zutrifft. Man verwehrt hier aber doch vielfach die zweifellos stark überhöhte Produktionskapazität mit einem modernen Stand des Produktionsapparates überhaupt. Die Produktionskapazität ist sicherlich bei uns heute für sehr viele Branchen selbst bei normaler Wirtschaftslage um mindestens 25 Prozent zu hoch. Der Zustand des Produktionsapparates aber ist tatsächlich in den letzten Jahren nicht ganz intakt gehalten worden, weil es für die notwendigen Reparaturen, laufenden Instandsetzungen und normalen Investitionen vielfach am erforderlichen Geld und der Unternehmerinitiative mangelte. Wir haben bei normaler Wirtschaftslage für die notwendigen Erneuerungen und Reparaturen unseres gesamten Produktionsapparates einschl. Wohnungen rund 5 bis 6 Milliarden Mark pro Jahr aufgewendet. In den letzten Jahren sind wir hier nach einwandfreien Schätzungen auf höchstens 2 bis 3 Milliarden gekommen. Schon hieraus geht hervor, daß tatsächlich ein gewisser, aufgestauter Erhaltungsbedarf vorliegt. Eine weitere Reserve sehe ich auch in der Deere der Lager bei Industrie, Groß- und Einzelhandel. Und eine große Möglichkeit liegt schließlich auch in der Steigerung der Ausfuhr, die trotz der fremdbländischen Abhängigkeit bei billigeren Preisen und allerdings bei vernünftiger deutscher Handelspolitik noch entsprechend gesteigert werden könnte.

Es wäre also m. E. überaus glückliche Kritik, wenn man glauben wollte, daß die Wirtschaft keine natürlichen und zweckmäßigen Einhaltsmöglichkeiten für die gebotene Entlastung böse. Die günstige Konzeption des Anfordungsversuches liegt aber m. E. in allererster Linie auf der betont privatwirtschaftlichen Linie. Er schiebt die Privatwirtschaft wiederum in den Vordergrund. Er will die Persönlichkeit, den einzelnen Unternehmer wieder als tätigen und wachen Recken betonen. Dieser Versuch, durch Ansporn der privaten Unternehmerinitiative die Wirtschaft wieder zu beleben, ist zu bejahen.

Psychologische Steuergutscheine

Die „letzte Chance“?

Das Kernstück des Versuches selbst stellen zweifellos die sogenannten Steuergutscheine

dar. Diese Scheine, rund 150 Millionen in Form vorweggenommener Steuerentlastung und rund 700 Millionen in Form einer Arbeitsfreudengprämie sind in gewissem Sinne keine Neuschöpfung, aber ungewöhnliche und gewagte Idee. Es ist das Prinzip, daß man sich an seiner zukünftigen Steuerlast aufrichten, fast möchte man annehmen, der Gesamtpolitik der Regierung folgen, an jenem eigenen Schoß wieder aus dem Sumpf herausziehen will. Wie man hört, soll dieser Plan nach schmerzlichen Debatten zwischen Regierung und Reichsbank von der letzteren ausgearbeitet worden sein. In ihrer Wirkung scheint uns die volle Gewähr für ausreichenden Schutz der Währung gegeben, zumal die Regierung selbst sich ausdrücklich gegen jedes Experiment auf diesem Gebiet, heiße es Devaluation oder Inflation, feierlich erklärt hat. Eine gewisse Kreditauweitung, die der neue Plan zur Folge haben kann, ist nicht zu fürchten, wenn der Lebensvorgang erreicht wird und Wechselmaterial, das aus gesteigerten Warenumfängen entsteht, zur Reichsbank gelangen sollte.

Der Grundgedanke der Steuergutscheine ist Entlastung der Unternehmer, um neue Arbeitskräfte einstellen zu können, das Wirtschaftselben anzukurbeln und eine erhöhte, eine den ganzen Wirtschaftskörper mit neuem Mut erfüllende Umsatztätigkeit anzuregen. Da diese Wirkung in dem benötigten Umfang erreicht wird, muß allerdings als fraglich bezeichnet werden. Zahlreiche Unternehmer werden die Steuergutscheine zur Abdeckung von Schulden benutzen. Sie erreichen auf diesem Wege eine Verbesserung der Bilanz, ihre Betriebe werden von drückenden Zinsen mindestens zum Teil entlastet. Andererseits werden deren Unternehmen gesund und sind, werden die Steuergutscheine im Treffer liegen lassen oder als Reserve für künftige Kreditaufnahme benutzen. Leider ist aber der größte Teil unserer Wirtschaftskörper nicht in der glücklichen Lage, ohne Kredithilfe arbeiten zu können. Nach einer Periode schwerster Not werden die Scheine daher voraussichtlich überwiegend zur Abdeckung alter Verpflichtungen benutzt werden. Damit wird eine günstige Liquidität der Wirtschaft erreicht, nicht aber der gewünschte Effekt einer unmittelbaren Belebung des Arbeitsmarktes. Wenn das System der Rückvergütung von Steuergutscheinen einige Monate in Gang sein wird, so wird sich zeigen, wie weitgehend der deutsche Wirtschaftskreislauf tatsächlich ist.

Wie immer die Unternehmer mit den Steuergutscheinen aber auch umgehen werden, ein gewisser mittelbarer und zum Teil auch unmittelbarer Belebungseffekt wird von ihnen zweifellos ausgehen. Nur darf man die Hoffnungen nicht übersteigern. Zweifellos liegt die Hauptstärke dieser Steuergutscheineaktion auf psychologischen Gebiet, da tatsächlich nicht mehr die Empfindung einer Belastung, sondern grundsätzlich die Empfindung einer Entlastung hervorgerufen wird.

Ein übertriebener Optimismus also ist, wie bereits betont, keineswegs angebracht. So leicht und so unmittelbar wird sich dieser Zustand von Steuergutscheinen nicht auswirken, daß man nun etwa sagen könnte: „Es hängt jetzt nur noch vom Unternehmer ab, wie er die Steuergutscheine verwendet, und dann geht es in der Wirtschaft wieder hoch!“

So liegen die Dinge ganz beinahe nicht. Wohl läßt auf dem Unternehmertum eine außerordentlich große Verantwortung für das Gelingen dieser Aktion, keineswegs aber kann ihm die Schuld zugeschoben werden, sofern das Experiment nicht glücken sollte. Man kann unmöglich den deutschen Unternehmer voll verantwortlich machen für ein Programm, das wirklich 50 v. H. nur auf Psychologie abgestellt und zu weiteren 50 v. H. auf Ver-

gängen beruht, die der Unternehmer gar nicht in der Hand hat. Ich erinnere nur an die starke Gefährdung des Notprogramms durch die wenig glückliche, für unsere Arbeiterklasse psychologisch teilweise unerträgliche Regelung der sozialpolitischen Belange. Ich verweise Sie weiter auf den handelspolitischen „Nitt über den Bodensee“. Und ich erinnere besonders an die politische Atmosphäre in unserer Innen- und Außenpolitik, in der m. E. ein gesunder wirtschaftlicher Aufstieg nur schwer, wenn überhaupt, gelingen kann. Wir müssen es deshalb ablehnen, wenn Reichsanwalt von Papen in seinem Kundenschaft von der „letzten Chance“ des privaten Unternehmertums gesprochen hat. Wir erkläre in seinen Worten eine verhängnisvolle Androhung und Gleichstellung der sozialistischen Kollektivwirtschaft mit der privatwirtschaftlichen Organisation des Wirtschaftslebens, während wir die sozialistische Wirtschaft prinzipiell ebenso ablehnen wie den „liberalen Wirtschaftskreislauf“.

Will man die winterliche Not überwinden, dann ist es erforderlich, nicht nur der Privatinitiative der Unternehmer Hilfe und Raum zur Entfaltung zu schaffen. Es muß auch die

gesamte deutsche Arbeiterklasse

moralisch verpflichtet werden können, alle Kräfte zur Erreichung dieses Zieles einzusetzen. Imponderabilien die von der politischen Seite her kommen, spielen dabei eine außerordentlich große Rolle, um den psychologischen Gesamteffekt der nur vom ganzen Volke ausstrahlen kann, als Voraussetzung für die Treffsicherheit der rein ökonomischen Maßnahmen zu garantieren.

Der Kardinalfehler

So ist m. E. die Einseitigkeit der Hilfe an die Unternehmerklasse ein Kardinalfehler in der Konzeption des Notprogramms. Da gleichzeitig mit der Rückvergütung von Produktionssteuern ein Umbau der sozialen Versicherungen und eine Auflockerung des allzu harten Tarifsystems einhergehen soll, konnten unsere Arbeitnehmerkreise den Eindruck gewinnen, daß die Hebung der Wirtschaftskrise auf ihre Kosten erfolgen solle.

Tatsächlich hat man hinsichtlich der sozialpolitischen Maßnahmen dem deutschen Arbeitgeber Möglichkeiten gegeben, die er im Interesse des gerade heute so notwendigen Arbeitsfriedens, dann aber auch im Hinblick auf die nun einmal notwendige Kaufkraft unserer breiten Masse gar nicht durchführen kann, selbst wenn er es mit einem weiten sozialen Gewissen vereinbaren wollte. Lohnkürzungen bis zu rund 25 v. H. sind bei dem heutigen Lohnniveau eine materielle und psychologische Unmöglichkeit. Die Arbeitsfreudengprämie und die Lohnkürzungsmöglichkeiten sind zweifellos auch besonders dazu geeignet, in die natürlichen Konsumenzverhältnisse während einzugreifen, die Großunternehmen gegen die mittleren und kleinen Unternehmer, die doch ganz besonders die Träger der von der Regierung so stark beanspruchten Privatinitiative sind, zu bevorzugen und die sozialen Arbeitgeber gegen die Brutalen unter Strafe zu stellen!

Die Regierung, die neuerdings stets an das ganze Volk appelliert, um es zur Einigkeit und gemeinsamen Hebung der Wirtschaftskrise aufzurufen, sollte daher eine Ausdeh-

sohe erzieh... der Spel... us 3, Vera... g, Uctia... eiden und... (plus 3,3)

Auftrieb: 181, Raß... 4 20-22... 29, da 2... 2 23-28... 46, da 4... 4 21-23... 46, da 4... 19: Schen... Schweine... 28, Hähn... 117.

nen 75,5 kg... Induktion... inL neuer... 3,50; Weiz... 37-39... 35-37... Roggen... 21

terer Ten... schäftsbele... für Berei... rozent, die... 164,5 Bro... oanleihen

Auftrieb: über 333... Direkt von... Schweine... 22-28... 1; Rülhe 1... 1 30-32... 4 34-32... 27, da 4... 44, da 4... 4 m. Ueber... Räder ge...

Auftrieb: el, Raß... 4 25-27... 2; Rülhe 1... 4 40-42... 23, da 6... 4 44-47,

a von Häh... ighiger

den - N.,... eden 3645

Zhenter

aus... och... Verein... l. Karle... u Weiber... (8) ... tag... eibe (8) ... (8) ... 1 ... 1900

ehaus... och... eibe W... ermärchen... 0) ... rsta... l. Theater... hauptlo... Karle... 0) ... in... (8) ... len laut... enge...

Theater... händler (8)

Theater... 1) ... 1900... 12000

omodie... (1) ... 17, April... (5) ... 69, 1... 10300